

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1894

10.2.1894 (No. 40)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 10. Februar.

N^o 40.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Eindrucksgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1894.

Nicht-Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 9. Februar.

Nach einer Berliner Meldung der „Köln. Ztg.“ ist der deutsch-russische Handelsvertrag vorgestern im Auswärtigen Amte zu Berlin paraphirt worden. Die formelle Unterzeichnung des Vertrags wird demselben Blatte zufolge morgen stattfinden, und zwar deutscherseits vom Reichskanzler Grafen Caprivi und vom preussischen Gesandten in Hamburg, Dr. Febr. v. Thielmann, russischerseits vom Botschafter Grafen Schumaloff und vom ersten russischen Unterhändler Dimiriatsch. Der Vertrag wird alsdann sofort dem Bundesrath übermittelt werden. Die „Freie Ztg.“ will erfahren haben, daß für die Ratifikation des Vertrags eine Frist vereinbart worden sei, die mit dem 20. März abläuft. Sollte diese Meldung sich als richtig erweisen, so müßte der Reichstag den Vertrag vor Beginn der Osterferien erledigen. Daß eine möglichst baldige Entscheidung des Reichstags über den Vertrag im allgemeinen Interesse liegt, dürfte wohl auch kaum zu bestreiten sein; nicht nur die an den deutsch-russischen Handelsbeziehungen beteiligten Geschäftskreise werden ein solche baldige Entscheidung wünschen, sondern es ist auch für die Klärung der parlamentarischen Lage von Werth, daß die endgiltige Beschlußfassung des Reichstags nicht allzu weit hinausgeschoben wird. Der Handelsvertrag mit Rußland steht jetzt derart im Mittelpunkt der parlamentarischen Lage, seine Annahme oder Nichtannahme im Reichstag ist voraussichtlich mit so bedeutenden Konsequenzen für den weiteren Verlauf der Reichstagsession und für die Entwicklung der politischen Verhältnisse verknüpft, daß die Aufmerksamkeit aller an den öffentlichen Vorgängen interessirten Volkskreise sich der bevorstehenden Reichstagsentscheidung zuwenden muß. Mit welcher lebhaften Theilnahme Seine Majestät der Kaiser die Verhandlungen mit Rußland verfolgt hat und welchen hohen Werth der Monarch persönlich auf eine befriedigende Lösung des Handelsvertrags legt, hat Allerhöchstderselbe durch seine Aeußerungen bei dem parlamentarischen Diner im Reichskanzlerpalais bekundet; im Anschluß daran wird vom Wolff'schen Telegraphenbureau gemeldet, daß der Kaiser gestern Vormittag im Reichskanzlerpalais Vorträge des Reichskanzlers Grafen Caprivi und des Staatssekretärs Frhrn. v. Marschall über den Handelsvertrag unter Hinzuziehung der beiden Unterhändler Frhrn. v. Thielmann und Frhrn. v. Lamezan entgegennahm.

Deutschland.

* Berlin, 8. Febr. Heute Früh unternahm Ihre Majestäten der Kaiser und die Kaiserin eine gemeinsame Spazierfahrt nach dem Thiergarten und eine Promenade in demselben. Auf der Rückfahrt begab der Kaiser sich in die Wohnung des Staatssekretärs Frhrn. Marschall von Bieberstein, um den Vortrag desselben entgegenzunehmen. In das Schloß zurückgekehrt, hörte Seine Majestät zunächst den Vortrag des Kriegsministers und arbeitete sodann längere Zeit mit dem Chef des Militärkabinetts. Abends wohnte Seine Majestät einem beim Offiziercorps des 4. Garderegiments z. F. stattfindenden Abschiedessen zu Ehren des früheren Kommandeurs, jetzigen Generalmajors Frhrn. v. Gemmingen, bei.

Dem Vernehmen nach wird Seine Majestät der Kaiser sich am 20. d. Mts. nach Wilhelmshaven begeben, wo die fünfundschwanzigjährige Zugehörigkeit des Panzerschiffs „König Wilhelm“ zur preussisch-deutschen Marine feierlich begangen werden soll.

In Wiesbaden starb gestern Generalleutnant z. D. Otto v. Gärtner. Derselbe hat dem preussischen Ingenieurcorps von 1848 bis 1889 angehört. Während des Krieges gegen Frankreich war er 2. Ingenieuroffizier beim Generalkommando des XI. Corps. Mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse heimgekehrt, übernahm er als Major das Kommando des 7. Pionierbataillons. 1879 wurde er mit Wahrnehmung der Inspektion der Festungsbauten nach Straßburg kommandirt, 1881 zum Oberst befördert, 1882 zum Inspektor der 5. Festungsinspektion und 1886 zum Inspektor der 4. Ingenieurinspektion in Mainz ernannt. Nach kurzer Zeit erhielt er die Stellung als Inspektor der 2. Pionierinspektion in Mainz, wurde am 8. März 1887 zum Generalmajor befördert und am 16. April 1889 auf sein Gesuch als Generalleutnant zur Disposition gestellt.

Der Bundesrath erklärte den Beschluß des Reichstags, hinsichtlich der kaiserlichen Verordnungen vom 27. Juli und 17. August 1893 wegen Erhebung des Zollzuschlags für aus Rußland und Finland kommende Waaren, durch den Beschluß des Bundesrathes

vom 29. Dezember für erledigt. Ferner stimmte der Bundesrath dem Bericht des Ausschusses über den Handels- und Schiffsfahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Uruguay zu und schließlich nahm er die Eingabe der „Generalanwaltschaft ländlicher Genossenschaften für Deutschland“ zu Newiew a. N., betreffend die Aenderung des Verbandsstatuts, zur Kenntniß.

Die „Nationalzeitung“ schreibt: „Im Reichsschatzamt wird ein neuer Gesetzentwurf an Stelle des gegenwärtig vorliegenden Weinsteuerprojektes ausgearbeitet. Derselbe bezweckt, die Flaschenweine beim Verkauf von einer gewissen Werthgrenze an zu besteuern. Diese Grenze steht noch nicht fest, doch wird sie so bemessen werden, daß der geringe Wein ganz frei bleibt und der gewöhnliche Konsument sowohl als der Winzer verschont wird. Die Steuer wird je nach dem Werth progressiv sein. Außerdem wird die Besteuerung der Schaum- und Kunstweine aufrecht erhalten werden. Dieser neue Vorschlag berührt sich mit Anregungen von verschiedener Seite, namentlich aus der nationalliberalen Partei und dem Centrum, welche bei der ersten Berathung der Weinsteuer-Vorlage zum Ausdruck gelangten. Dem Weinsteuerprojekt würde damit vollständig der Charakter einer Zugsteuer verliehen und der Widerspruch gegen diesen ganzen Besteuerungsvorschlag würde voraussichtlich erheblich abgeschwächt werden. Auch die finanziellen Ergebnisse dieses beschränkten Projektes würden keineswegs ganz gering zu veranschlagen sein.“ Zu dieser Mittheilung der „Nationalzeitung“ bemerkt die „Nordd. Allg. Ztg.“: „Wir können bestätigen, daß im Reichsschatzamt der Versuch gemacht wird, einen Entwurf im vorstehenden Sinne auszuarbeiten.“

Im weiteren Verlauf der heutigen Reichstags-Sitzung, über deren Beginn schon telegraphisch berichtet wurde, wurde der Rest vom Ordinarium des Reichsamt des Innern bemittelt. An der Debatte nahm besonders die Sozialdemokratie Antheil, als deren Vertreter Schönlank, Wurm und Ulrich sprachen. Der zu keiner Fraktion gehörende Abgeordnete Rösche wies auf das in Berlin begründete Museum für Wohlfahrts-Einrichtungen hin und bat um Vereinstellung von Mitteln zu solchen Sammlungen. Er führte ferner aus, daß die Berufsvereine für die Unfallverhütung reichliche Mittel aufgewendet haben. Diese Ansicht sei auch von einer selbst bei den Sozialdemokraten anerkannten Autorität, dem Oberregierungsath Wörtschöffer, ausgesprochen worden. Die Arbeiter könnten, statt immer dem Arbeitgeber Vorwürfe zu machen, selbst viel zur Unfallverhütung beitragen; sie schienen aber leider hierfür nicht immer das erforderliche Interesse zu haben. Bei dem Titel des Extraordinariums „Nordostseeanal“ sprach Abg. Lenzmann (freis. Ver.) den Wunsch aus, daß dem Reichstage Gelegenheit gegeben werde, sich den Nordostseeanal anzusehen. Der Rest vom Etat des Reichsamt wurde bewilligt, ausgenommen die Forderung einer ersten Rate von 1 100 000 M. für die Errichtung des Kaiser-Wilhelm-Denkmal, deren Berathung ausgesetzt ward. Hierauf wurde das Unterstufungswohnungs-gesetz, die Ergänzung des Strafgesetzbuches nach Ablehnung des Antrags Gröber und mit Annahme des Antrags Mollenbuhr in dritter Lesung angenommen. Die nächste Sitzung findet morgen statt; auf der Tagesordnung stehen der Postetat und der Etat der Reichsdruckerei.

In der Budgetkommission des Reichstags sprach Prinz Arenberg bei dem Etat für Kamerun die dortigen Vorgänge. Er wies darauf hin, daß der Bericht des Kanzlers Leist die Ursachen für den Aufstand der Dahomeer-Leute übergehe und behauptete, ohne Zweifel trügen die vorgekommenen Grausamkeiten die Schuld. Nicht nur sei Leist's Verbleiben auf seinem Posten unmöglich, sondern Leist sei sogar strafbar, wenn nicht bedeutende Gründe ihn entschuldigten. Der deutsche Name sei durch dessen Vorgehen geschändet worden. Geheimrath Kayser erwiderte, er wolle nichts beschönigen und nichts verschweigen, doch seien weitere Nachrichten noch nicht eingegangen. Anfänglich habe man die von englischen Mätern gemeldeten Vorgänge für unmöglich gehalten. Sollten sich die englischen Berichte bewahrheiten, daß 20 Dahomeer-Weiber in Gegenwart der Männer gepeinigt worden seien, so würde Leist einer strengen Ahndung nicht entgehen. Es sei sofort ein Beamter zur Untersuchung der Thatfachen nach Kamerun entsandt worden. Debel erklärte, seit zehn Jahren habe kein Fall eine so allgemeine Entrüstung erregt. Leist habe die Despotie eingeführt. Er erbiete ferner Aufschluß darüber, ob es zulässig sei, deutsche Marinesoldaten, ohne sie zu fragen, nach Kamerun zu kommandiren, wo die Gefahren des Klimas und anderer Umstände besonders groß seien. Geheimrath Kayser antwortete, die Dahomeer seien

faktisch gekauft worden; aber sofort, als die Nachricht davon nach Deutschland gekommen sei, wurde Ordre gegeben, sie freizulassen; indessen sei keiner nach Dahomee zurückgekehrt. Die Dahomeer seien auch wie andere Soldaten behandelt worden, nur sei ihnen der Soldat in natura geliefert worden. Die Marinesoldaten seien nicht gezwungen worden, nach Kamerun zu gehen, sondern es meldeten sich Freiwillige. Nichter bezweifelte diese Mannschaften nach den Tropen zu kommandiren. Die Weiterberathung erfolgt morgen.

Die Kommission des Reichstags für die Stempelsteuervorlage nahm einstimmig einen Antrag des Abg. Gröber an, die Wettensätze bei Pferderennen wie Spielanlagen zu behandeln. Dagegen lehnte sie die Anträge Singer (auf 50 Prozent) und Richter (auf 20 Prozent Steuer) ab und nahm eine Erhöhung des Steuersatzes auf 10 Prozent an.

Ihre erste Sitzung hielt gestern die Kommission des Reichstags zur Vorberathung des aus dem Hause eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die eingetragenen Berufsvereine. Es wurde beschlossen, zwei Lesungen vorzunehmen. Sodann wurden zwei prinzipielle Anträge des Abg. Frhrn. v. Stumm angenommen: im § 1 hinter dem Worte „Mitgliedern“ einzuschalten: „nach Maßgabe dieses Gesetzes“ und im § 2 hinter dem Worte „Zweck“ einzuschalten: „§ 9“. Die Annahme des ersten Antrags erfolgte einstimmig, die des zweiten mit 6 gegen 2 Stimmen. Beide Anträge verfolgen den Zweck, an Stelle der allgemeinen Fassung des Begriffs der Berufsvereine, welche die Wohlthaten des Gesetzes genießen sollen, eine Spezialisierung der Zwecke herbeizuführen, die solche Berufsvereine verfolgen dürfen.

Die Untersuchungskommission in der Währungsfrage wird, wie es heißt, spätestens in 14 Tagen einberufen werden. Den Vorsitz wird, wenigstens zunächst, der Staatssekretär Graf Posadowsky führen. Die Liste der Mitglieder soll erst bekannt gegeben werden, wenn die zur Theilnahme aufgeforderten Herren zusagebende Erklärungen abgegeben haben.

Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde heute die Erörterung über die Landwirtschaftskammern beendet. Das Haus verwies den Gesetzentwurf an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Darauf kam die Vorlage über den Elbe-Trave-Kanal (resp. über den preussischen Staatsbeitrag zum Bau dieses Kanals zur Verhandlung. Minister Thielmann erklärte, der preussische Staat habe ein dringendes Interesse an dem Kanal, denn derselbe werde weiten Gebieten Preußens einen erheblichen wirtschaftlichen Nutzen bringen. Vom Kanal hänge auch die Lebensfähigkeit der alten Hansestadt Lübeck ab, die ihre alte deutsch-nationale Gesinnung durch alle Zeiten gewahrt und auch in der jüngsten Zeit betheiliget habe — er erinnere nur an den Nordostseeanal — und welche es verstanden hat, trotz der schwierigen Verhältnisse ihren ehrenvollen Platz unter den Seestädten Deutschlands aufrecht zu erhalten. Der Kanal werde es ermöglichen, daß Lübeck seine alten Handelsbeziehungen zum baltischen Norden aufrechterhält, beziehungsweise wiedergewinnt. Der Plan des Kanals sei seit dem 14. Jahrhundert erörtert worden, das beweise, wie notwendig er ist. Die Beiträge Preußens seien nicht zu hoch, wie die Begründung der Vorlage nachweist. Die Klagen Rageburgs seien übertrieben. Der Wasserverkehr von Rageburg nach Lübeck schwankte zwischen 1800 bis 2100 Tonnern jährlich. Ein Kanal Rageburg-Lübeck würde 800 000 M. kosten. Die Lübecker seien übrigens bereit, die bestehende Wasserverbinding mit Rageburg durch Anlage von Dämmen zc. zu verbessern. Finanzminister Miquel erklärte, nur eine angemessene Gebührenerhebung ermöglige für den Staat den Ausbau der Wasserstraßen. Sie gleiche auch den Ausfall aus, den der Wettbewerb der Wasserwege unseren Eisenbahnen bringt. Mit Lübeck wurde vereinbart, daß Preußen das Recht habe, nach einer Erhöhung der Abgaben auf den märkischen Wasserstraßen auch die Abgaben auf dem Elbe-Trave-Kanal zu steigern, und daß nach einer Ermäßigung jener Abgaben auch die Gebühren für den Elbe-Trave-Kanal ermäßigt werden. Lauenburg sei bei der Bemessung der Beitragspflicht nicht überbürdet worden. Schließlich verwies man die Vorlage an die Budgetkommission.

Berlin, 8. Febr. Nachdem am gestrigen Tage in Paris die Internationale Sanitätskonferenz eröffnet worden ist (ein telegraphischer Bericht über die Eröffnungssitzung wurde gestern in der „Karlsruh. Ztg.“ wiedergegeben), mögen nachfolgend die Namen der Delegirten zu der Konferenz mitgetheilt werden. Die Delegirten Frankreichs sind: der Gesandte in München, Herr Barrère, und der Direktor der Konsulatsabtheilung, Herr Panotauz, denen als Fachreferenten die Doktoren

Brouardel und Proust und der Direktor der öffentlichen Gesundheitspflege im Ministerium des Innern, Herr Monod, beigegeben sind. Das Deutsche Reich läßt sich durch den Botschaftsrath bei der Pariser Botschaft, Herrn v. Schoen, und den deutschen Delegirten im Konstantinopler Sanitätsrath, Herrn Dr. Nordmann, vertreten. Oesterreich-Ungarn wird durch den außerordentlichen Minister und bevollmächtigten Gesandten, Grafen Ruffstein, welcher bei der Benediger Konferenz den Vorsitz geführt hat, und die Fachreferenten Dr. Hagel und Dr. Karinski vertreten. Die Delegirten Italiens sind: der Erste Sekretär der Pariser Botschaft, Marquis Malaspina, und der Direktor der öffentlichen Gesundheitspflege im Ministerium des Innern, Herr Dr. Baglioni. Rußland entsandte den Bruder des Geschäftsträgers in Paris, Herrn Michael v. Giers, und den Direktor des Sanitätsdepartements im Ministerium des Innern, Herrn Nagosin. Die Delegirten der Türkei sind: der Gesandte in Madrid, Turlhan Bey, das Mitglied des Konstantinopler Sanitätsrathes Nuri Pascha, der Chemiker des Kaiserlichen Palais Bontowski Pascha und Dr. Haindy Bey. Egypten entsandte den Generalgouverneur des Suezkanals, Ahmet Pascha Schukry, den Präsidenten des Sanitätsrathes in Alexandrien, Herrn Muevillie, und den Subdirektor des Sanitätsdienstes in Kairo, Sefy Pascha. Persien wird durch die Doktoren Moïn ol Atebba und Murza Khatil Khan vertreten sein. Die Delegirten der Vereinigten Staaten von Nordamerika sind die Herren: Dr. Edward Saleppear, Stepton Smith und Preston Bailhache, diejenigen Griechenlands: der Pariser Geschäftsträger, Herr Kriess, und der griechische Delegirte im Konstantinopler Sanitätsrath, Herr Vassader. Portugal wird durch seinen Gesandten in Paris, Herrn Nabarro, ebenso Schweden und Norwegen durch den Pariser Gesandten, Herrn Due, vertreten. Die Delegirten der Niederlande sind: der Gesandte in Paris, Herr v. Stuers, und der Sanitätsrath im Ministerium des Innern, Herr Dr. Ruysh. Dänemark läßt sich durch seinen Pariser Gesandten, Grafen Wolke-Hoitsfeld, vertreten.

Dresden, 8. Febr. Ueber das Befinden des an einer Blasenblutung erkrankten Königs wird berichtet, daß Seine Majestät im Laufe des Nachmittags eine erhebliche Erleichterung der vorher vorhandenen Beschwerden empfand; der hohe Patient hat auch wiederholt etwas geschlafen. Es treten keine Fiebererscheinungen auf.

München, 8. Febr. Seine königliche Hoheit der Prinz-Regent von Bayern hat dem Großherzog von Toscana das 16. Bayrische Infanterieregiment verliehen, das eines der nach dem Kriege 1870/1871 neuformirten Regimenter ist. Es wurde am 1. Oktober 1878 aus dem 2., 7. und 9. Jägerbataillon gebildet und am 25. März 1883 dem König Alfons XII. von Spanien verliehen, der es bis zu seinem Tode inne hatte. Das Regiment garnisonirt gegenwärtig mit dem 1. Bataillon in Landshut. Eine Deputation des Regiments wird sich demnächst dem neuen Inhaber vorstellen.

Oesterreich-Ungarn.
Wien, 8. Febr. Die Wiener Blätter würdigen den Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrages als ein Ereigniß von ebenso großer wirtschaftlicher als politischer Tragweite. So sagt das „Fremdenblatt“: „Der Abschluß des Handelsvertrages zwischen Deutschland und Rußland ist eines der wichtigsten wirtschaftlichen Ereignisse unserer Zeit. Die wirtschaftliche Annäherung zwischen den zwei großen Reichen ist von höchstem Werthe für beide, und es kann nicht ausbleiben, daß sie sich auch auf außerwirtschaftlichem Gebiete wohlthätig geltend mache und engere Beziehungen zwischen ihnen herbeiführe.“ Ähnlich sprechen sich andere angesehenere Wiener Journale aus. — Nach einer Meldung aus Pest ist die Verhandlung des ungarischen Abgeordnetenhauses über die Civilehe-Vorlage auf den 10. Februar anberaumt. Sämmtliche Mitglieder aller Parteien sind hierzu einberufen worden. Die sächsischen Abgeordneten zum ungarischen Abgeordnetenhaus sollen einstimmig beschließen haben, den kirchenpolitischen Vorlagen der Regierung zuzustimmen. In diesem Falle wäre den Vorlagen die Mehrheit im Abgeordnetenhaus gesichert.

Italien.
Z Rom, 6. Febr. Der Ministerpräsident Crispi, der sich von seinem Unwohlsein wieder erholt hat, ist auf einige Tage nach Neapel gereist, wo er eine Villa besitzt, um dort noch etwas der Ruhe zu pflegen, ehe er den schweren Kampf mit dem Epöismus und der Rechtshaberei der Parlamentarier aufnimmt. (Neueste Telegramme melden seine Rückkehr nach Rom. D. Red.) Auf keinen Fall — so hat er verschiedenen Personen versichert — wird die Vertagung des Parlaments über den 20. hinaus verlängert werden. Es wird dann die unerlässlichen Vorlagen erhalten und — so soll seine Aeußerung wirklich gelautet haben — „wenn sich die Kammer dann selbst umbringen will, so wird die Regierung dies nicht verhindern können.“ Man darf also annehmen, daß eine Wiederholung des Schauspieles, das gegenüber den Vorlagen Giolitti's in Scene gesetzt wurde, eine Auflösung des Parlaments zur Folge haben würde, und es gibt in Italien sehr Viele, die ein solches Ereigniß als eine rettende That begrüßen würden und von einem Appell an das Volk eine Mehrheit erwarten zu dürfen glauben, mit der es der Regierung möglich sein wird, eine durchgreifende Reform der gesammten Staatsverwaltung durchzuführen, die ohne Mitwirkung der Volksvertretung ins Leben zu rufen man — wie es scheint — und zwar an höchster Stelle, entschiedene und schwer wiegende Bedenken trägt. Vorerst handelt es sich bei den Finanzplänen, die

Minister Sonnino in der parlamentarischen Schonzeit ausgearbeitet hat, dem Vernehmen nach nur um solche, die dem Bedürfnisse des Augenblicks entsprechen und genügen, die großen Reformen, zu deren Ausarbeitung ein längerer Zeitraum unerlässlich zu sein scheint, sollen vorerst zurückgestellt sein. Jetzt handelt es sich nur darum, das Defizit in ehrlicher und zuverlässiger Weise aus der Welt zu schaffen. Ueber die Vorlagen des Finanzministers beobachtet die offizielle Welt und Presse ein tiefes Stillschweigen. Was anderweitig darüber verlautet, soll beabsichtigt sein, etwa 20 Millionen des Defizits von 130 Millionen durch Ersparnisse, das übrige durch zahlreiche kleine und daher weniger empfindliche Steuererhöhungen zu decken. Das Parlament müßte sich — sei es aus Patriotismus, sei es aus Furcht vor der Auflösung — von Grund aus geändert haben, wenn diese Pläne Aussicht auf Annahme erhalten sollen. Es wäre ja sehr zu wünschen, denn Italien ist ohnehin vom Parteiwesen so unterwirft, daß eine Parlamentsauflösung mit der darauf folgenden Wahlbewegung immer ein unerfreulicher Vorgang ist, doppelt unerwünscht bei einer so leidenschaftlichen Bevölkerung wie die italienische und bei den tief einschneidenden Gegensätzen, wie sie nicht nur der Zwiespalt der Parteien, sondern auch der Fader unter den verschiedenen Provinzen des erst seit so kurzer Zeit staatlich geeinigten Königreichs hervorruft, die allenthalben eher der Wilderung als der Verschärfung bedürfen. Dennoch wird die Regierung vor dieser ultima ratio des konstitutionellen Staates nicht zurücktreten, wenn sie sich von deren Anwendung im Interesse des Landes ein gedeihliches Ergebnis verspricht. In heißen parlamentarischen Schlachten wird es jedenfalls nach dem 20. Februar nicht fehlen.

Rom, 8. Febr. Gestern war der Jahrestag des Todes Pappi Pius IX. Aus dieser Veranlassung wohnen die Kardinal- und das diplomatische Corps einem Trauergottesdienste bei. Pappi Leo XIII. ertheilte bei dem von zahlreichen Andächtigen besuchten Gottesdienste die Absolution am Katafal.

Frankreich.
Paris, 8. Febr. Präsident Carnot empfing heute die Mitglieder der Internationalen Sanitätskonferenz. Der Präsident der Republik hielt eine Ansprache, worin er sagte: „er danke den Herren für den Wunsch und sei glücklich, sie im Namen Frankreichs zu begrüßen.“ Er sagte: „Sie kommen hierher, um eines der großen Vertheidigungswerke der Menschheit gegen die sie bedrohenden Feinde zu vollenden, und beweisen dadurch, was die Einigkeit und Solidarität der civilisirten Völker vermögen im gemeinsamen Interesse. Frankreich ist glücklich, in dem laufenden Jahr der Schaulag dieser herrlichen und gemeinschaftlichen Arbeit der Diplomatie und der Wissenschaft zu sein. Sie werden hier die herzlichste Gastfreundschaft finden.“ Der österreichisch-ungarische Delegirte Graf Ruffstein dankte im Namen seiner Kollegen. In der Deputirtenkammer wurde heute der Bericht der Kommission über die Erhöhung des Getreidezolls vorgelegt. Die Kammer setzte die Verhandlung des Berichtes auf nächsten Samstag fest. — Die französische Regierung hat ihre guten Gründe dafür gehabt, mit dem Oberlieutenant Bonnier wegen seines unbefugten Marches nach Timbuktu unzufrieden zu sein. Wenn Bonnier auch bei dem Einmarsch in Timbuktu auf keinen Widerstand stieß, so befürchtet man, daß dieses Ereigniß noch die Quelle von Streitigkeiten mit den Tuaregs bilden und die französische Regierung zu Truppennachschüben nöthigen wird. Eine amtliche Depesche aus Saint-Louis meldet, eine stiegende Kolonne französischer Truppen sei in der Nähe von Timbuktu von den Tuaregs überfallen worden. Der „Temps“ ergänzt die Meldung dahin, daß eine Erkundigungsabtheilung, die Oberlieutenant Bonnier in nördlicher Richtung von Timbuktu aus vorgeführt hatte, von den Tuaregs vernichtet worden sei. Der Ministerrath hat infolge dessen heute beschloffen, Truppenverstärkungen nach Timbuktu zu senden.

Großbritannien.
London, 9. Febr. (Tel.) Das Oberhaus erledigte gestern die Kirchspielratsbill in der Einzelberatung nach fünfjähriger Verhandlung, wobei verschiedene Abänderungsanträge trotz des Einspruchs der Regierung angenommen wurden. (Der Widerstand des Oberhauses gegen die Vorschläge der Regierung kennzeichnet sich auch in der Annahme dieser vom Ministerium Gladstone vergeblich bekämpften Abänderungsanträge. Gladstone scheint durch den Verlauf, den die Verhandlung der Kirchspielratsbill im Oberhause nimmt, tief verstimmt zu sein; die Opposition des Oberhauses gegen den Gesekentwurf, der den konservativen Lords ein Dorn im Auge ist, weil er auf die Demokratisirung der Kirchspielräthe berechnet ist, gilt als eine von den Hauptursachen für Gladstone's Drohung, zurückzutreten.)

Rußland.
St. Petersburg, 8. Febr. Die Genesung Seiner Majestät des Kaisers Alexander macht gute Fortschritte. Der Monarch ist bereits seit mehreren Tagen außerhalb des Bettes und arbeitet, im Lehnstuhl sitzend. Der seinerzeit abbestellte Hofball ist für Ende nächster Woche in Aussicht genommen, doch wird der Kaiser, dem Wunsch der Aerzte entsprechend, ihm fernbleiben. (Als ein Zeichen für die befriedigend fortschreitende Genesung des Kaisers dürfte es auch anzusehen sein, daß dem Moskauer Professor Sacharin, der den Kaiser in dessen letzter Krankheit behandelte, der Alexander-Newsky-Orden verliehen worden ist.)

Bulgarien.
Sofia, 9. Febr. (Tel.) Die gestrigen Nachrichten über eine wesentliche Verschlimmerung im Befinden der Prin-

zessin Maria Luise scheinen übertrieben gewesen zu sein. Die Prinzessin leidet an Fieber mit wechselnder Temperatur. Die Fiebererscheinungen entsprechen indessen jenen, welche sich häufig nach Entbindungen einstellen, und geben keinen Anlaß zu Besorgnissen.

Amerika.
Rio de Janeiro, 8. Febr. Es bekräftigt sich, daß der Chef der brasilianischen Aufständischen vor Rio de Janeiro, Admiral da Gama, von den Mächten die Anerkennung der Aufständischen als kriegführende Macht verlangt. Er will sich offenbar durch Entfernung der fremden Handelsschiffe freie Hand für eine wirksamere Bekämpfung der feindlichen Stellungen verschaffen. Bis jetzt hört man aber nur von abschlägigen Bescheiden auf das Verlangen da Gama's. Die „Agencia Stefani“ theilt als verbürgt mit, die italienische Regierung sei nicht geneigt, die Aufständischen als kriegführende Partei anzuerkennen. Dasselbe versichert die „Liberte“ in Bezug auf die französische Regierung.

Badischer Landtag.
Karlsruhe, 9. Febr. 7. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer unter dem Vorsitz des Durchlauchtigsten Präsidenten, Seiner Großherzoglichen Hoheit des Prinzen Wilhelm von Baden.
Am Regierungstisch: Staatsminister Dr. Roff, Minister v. Brauer und Ministerialpräsident Dr. Buchenberger.

Nach Befanntgabe der neuen Einkünfte tritt das Haus in die Verhandlung des Berichtes der Budgetkommission über die Spezialbudgets für 1894 und 1895: a. des Großh. Staatsministeriums, b. des Großh. Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten. Zunächst erhält das Wort der Berichterstatter Febr. v. Rader. Es folgt sodann eine eingehende Diskussion über die allgemeine Lage der Staatsfinanzen, insbesondere das finanzielle Verhältnis zum Reich, die Reichsfinanzreform und die für den Wehrbedarf des Reichs in Aussicht genommenen Deckungsmittel. An der Verhandlung theilnehmen sich die Herren Febr. v. Göler, Febr. Franz v. Bödman, Geheimrer Kommerzienrath Dissen, Geheimrer Hofrath Dr. Meyer und Febr. Ferdinand v. Bödman.

Zwei weitere Redner sind noch zum Worte gemeldet. Wegen vorgerückter Stunde beschließt das Hohe Haus Vertagung der Verhandlung, worauf der Durchlauchtigste Präsident die nächste Sitzung zur Fortsetzung der heutigen Verhandlung auf morgen (Samstag, 10. Februar) Vormittags 10 Uhr anberaumt und die Sitzung um 2 1/2 Uhr schließt. (Ausführlicher Bericht folgt.)

Karlsruhe, 9. Febr. 8. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 10. Februar, Vormittags 10 Uhr. 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Fortsetzung der Verhandlung des Berichtes der Budgetkommission über die Spezialbudgets für 1894 und 1895: a. des Großh. Staatsministeriums, b. des Großh. Ministeriums des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten. (Berichterstatter: Freiherr v. Rader.)

Karlsruhe, 9. Febr. 29. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer unter dem Vorsitz des Präsidenten Gönner.

Am Ministerisch: Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Eisenlohr, Geh. Oberregierungsrath Dr. Lydtin, Ministerialrath Reinhard.
Eingelassen sind folgende Petitionen: Bitte der Schlosser- und Tischlermeister der Stadt Schwellingen, die Kammer des Reichmeisters, des Kontrolleure der Bierprezisionen, des Kontrolleure der Schulpflichtvorrichtungen an Dreibrümen, des Fitzableitervisitors für den Amtsbezirk Schwellingen betr.
Bitte der badischen Gemeindebeamten um gesetzliche Regelung der Pensionirung und Hinterbliebenenversorgung.

Es wird hierauf in die Tagesordnung eingetretet und erstattet Abg. Wittmer Bericht über den Gesekentwurf, betr. die Gewährung von Entschädigungen bei Seuchenverlusten.
An der Debatte theilnehmen sich die Abgg. Frank, Gerber, Klein, Werthim, Eder, Kirchenbauer, der Berichterstatter und der Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rath Eisenlohr; an der Spezialdiskussion die Abgg. Leimbach, Frank und Schüler. Der Gesekentwurf selbst wird einstimmig angenommen. Schluß der Sitzung 1/2 11 Uhr. (Ausführlicher Bericht folgt.)

Karlsruhe, 9. Febr. 30. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Samstag den 10. Februar, Vormittags 9 Uhr. 1. Anzeige neuer Eingaben. 2. Verhandlung der Berichte der Petitionskommission über die Bitte: a. Heilberger Landwirthe, Wildschaden betr. (Berichterstatter: Abg. Engelberth); b. der Schumanns Hof Wwe. in Karlsruhe, Erhöhung ihres Wittwengeldes betr. (Berichterstatter: Abg. Engelberth); c. des Lehrers Grimmer in Mannheim, etatmäßige Anstellung und Entschädigung betr. (Berichterstatter: Abg. Rüd); d. des pensionirten Hauptlehrers K. Kessler in Hüringen, Aufbesserung seines Pensionirgehalts betr. (Berichterstatter: Abg. Weygoldt).

Großherzogthum Baden.
Karlsruhe, den 9. Februar.
Seine königliche Hoheit der Großherzog nahm heute Vormittag den Vortrag des Geheimraths Freiherrn von Ungern-Sternberg entgegen. Nachmittags hörte Höchst-

Feuerversicherungsbank für Deutschland zu Gotha.

Auf Gegenseitigkeit errichtet im Jahre 1821.

Dreiundstiebenzigster Rechnungsabschluss vom Jahre 1893.

I. Gewinn- und Verlust-Rechnung des Jahres 1893.

A. Einnahme.		B. Ausgabe.	
1. Ueberschüsse aus dem Vorjahre:		1. Schäden, einschließlich Kosten, aus den Vorjahren:	
a. Prämien-Ueberschüsse	6 820 579.40	a. gezahlt	297 716.80
b. Schaden-Reserve	444 786.10	b. zurückgestellt	6 000.—
c. sonstige Ueberschüsse und zwar:		2. Schäden, einschließlich Kosten, im Rechnungsjahre, abzüglich des Anteils der Rückversicherer:	
Vortrag aus alter Rechnung	7 265 365.50	a. gezahlt	2 002 567.40
2. Prämien-Einnahme	14 447 981.30	b. zurückgestellt	420 000.—
ab Risikoprämien	27 942.—	3. Rückversicherungs-Prämien	317 012.40
3. Nebenleistungen der Versicherten	—	4. Provisionen abzüglich des von den Rückversicherern erhaltene Anteils	1 304 740.30
4. a. Zinsen	648 227.60	5. Steuern und öffentliche Abgaben	50 947.10
b. Miethserträge	12 042.10	6. Verwaltungs-Kosten	391 053.70
5. Kursgewinn aus verkauften Wertpapieren	—	7. Freiwillige Beiträge zu gemeinnützigen Zwecken, insbesondere für das Feuerlöschwesen	11 072.40
6. Sonstige Einnahmen, und zwar:		8. Abschreibungen:	
verjährte Ueberschuss-Anteile aus dem Jahre 1887	16 826.60	a. auf den Grundbesitz	12 079.—
		b. Wertpapiere	998.20
		9. Kursverluste auf Wertpapiere	7 149 208.20
		10. Prämien-Ueberschüsse	—
		11. Sonstige Reserve	—
		12. Sonstige Ausgaben, und zwar:	
		Rabatt auf mehrjährige Versicherungen mit Vorauszahlung der Prämie	90 887.90
		13. Ueberschuss und dessen Verwendung:	
		a. an den Kapital-Reservefonds u. sonstige Spezialreserven	10 266 261.40
		b. Tantiemen	—
		c. an die Versicherten	10 266 261.40
		d. andere Verwendungen und zwar:	
		an d. Witwen- u. Waisen-Versorgungsverein für die Beamten der Bank	10 000.—
		Vortrag a. neue Rechnung	26 556.80
			10 302 818.20
			22 357 501.10

Nach der vorstehenden Gewinn- und Verlust-Rechnung des Jahres 1893 beträgt der an die Versicherten zur Verteilung kommende Ueberschuss:

M. 10 266 261.40

Von der an diesem Ueberschusse theilnehmenden Prämien-Summe von M. 14 258 696.40 sind danach 72 Procent an die Versicherten zurückzugewähren.

II. Bilanz am 31. Dezember 1893.

A. Aktiva.		B. Passiva.	
1. Grundbesitz	380 000.—	1. Aktien- oder Garantie-Kapital	—
2. Hypotheken	7 131 744.80	2. Kapital-Reservefonds	—
3. Darlehne an Kommunalverbände	327 790.60	3. Spezial-Reserven	426 000.—
4. Darlehne auf Wertpapiere	40 000.—	4. Schaden-Reserve	7 149 208.20
5. Wertpapiere höchstens nach dem Einkaufspreis für im Rechnungsjahre erworbene bzw. nach dem letzten Bilanzwert, aber nicht höher als zum Kurzwert am Schlusse des Rechnungsjahres	8 366 475.—	5. Prämien-Ueberschüsse	—
6. Wechsel	—	6. Gewinn-Reserve der Versicherten (noch nicht abgegebene Ueberschuss-Anteile der Versicherten aus früheren Jahren)	379 352.—
7. Guthaben bei Bankhäusern	1 776 046.60	7. Guthaben anderer Versicherungsgesellschaften	—
8. Guthaben bei anderen Versicherungsgesellschaften	19 469.70	8. Garant-Kapitalien	—
9. Zinsen-Forderungen	38 015.10	9. Sonstige Passiva	—
10. Außenstände bei Generalagenten	131 230.30	10. Ueberschuss nach der Gewinn- und Verlustrechnung des Jahres 1893 unter B. 13	10 302 818.20
11. Rückstände der Versicherten	—		
12. Baare Kasse	96 606.30		
13. Inventar und Drucksachen	—		
14. Sonstige Aktiva	18 257 378.40		

Gotha, den 5. Januar 1894.

Feuerversicherungsbank für Deutschland.

Dannenberg, Bräuning, Doebel, Ritter,
Vorstandskommissar, Generaldirektor, Direktor, Direktor.

Nach dem vorstehenden Rechnungsabschluss der Bank für das Jahr 1893 beträgt der zur Verteilung kommende Ueberschuss:

72 Procent

der eingezahlten Prämien.

Die Banktheilnehmer empfangen ihren Ueberschuss-Anteil beim nächsten Ablauf der Versicherung (beziehungsweise des Versicherungsjahres) durch Anrechnung auf die neue Prämie, in den im § 7 der Bankverfassung bezeichneten Ausnahmefällen aber baar durch die unterzeichneten Agenturen.

Wannheim, im Februar 1894.

Die General-Agentur: Friedrich Stoll.

- | | | |
|--|--------------------------------------|--------------------------------------|
| Für Achen Dr. Rathschreiber Adels; | für Balingen Dr. Rathschreiber Ad. | für Pforzheim Dr. Albert Prestinari; |
| Adelsheim Dr. Ernst Herold; | Schneidberger; | Pfullendorf Dr. B. Knappe; |
| Altdreisbach Dr. L. Schwörer; | Kandern Dr. Aug. Schöpslin-Rüger; | Radolfzell Dr. Rathschreiber Fuchs; |
| Baden Dr. Frz. Wiegler; | Karlsruhe Herr Karl Schwindt; | Rastatt Dr. Alb. Englert; |
| Bretten Dr. Ph. Schäftele; | Reh Dr. Frz. Meyer; | Rothweil Dr. Alt-Rathschr. Moll; |
| Bruchsal Dr. Ant. Bopp jun.; | Reuzingen Dr. Ernst Fischer; | Scherzheim Dr. Gg. Fesler; |
| Buchen Dr. J. F. Kiefer; | Rippheim Dr. Aug. Neumayer; | Schriesheim Dr. Friedrich Drehm; |
| Bühl Dr. Jos. Schmieder; | Rohrheim Dr. F. Schölnast; | Schwenningen Dr. Jos. Fadel; |
| Dietzenberg Dr. Herm. Geng; | Rohrheim Dr. F. Schölnast; | Seckachheim Dr. Karl Arnold; |
| Donauwörth Dr. Gg. Rittig; | Rohrheim Dr. F. Schölnast; | Sinsheim Dr. C. Speiser; |
| Durlach Dr. J. Schanz; | Rohrheim Dr. F. Schölnast; | Staden Dr. Carl Reim; |
| Eberbach Dr. Wm. Störzbach; | Rohrheim Dr. F. Schölnast; | Stadach Dr. C. Dandler; |
| Edingen Dr. S. Götz I.; | Rohrheim Dr. F. Schölnast; | Staudachheim Dr. Emmerich Schupp; |
| Emmendingen Dr. Conr. Lutz; | Rohrheim Dr. F. Schölnast; | Ueberlingen Dr. Jul. Frey; |
| Eppingen Dr. Otto Müller; | Rohrheim Dr. F. Schölnast; | Willingen Dr. C. Dehorn; |
| Friedrichheim Dr. Joh. Weisinger VII.; | Rohrheim Dr. F. Schölnast; | Waldstut Dr. Gebh. Rihart; |
| Friedrichheim Dr. Emil Demuth; | Rohrheim Dr. F. Schölnast; | Waldstut Dr. Theod. Högerich; |
| Furtwangen Dr. Gg. Gebr. Heim; | Rohrheim Dr. F. Schölnast; | Waldstut Dr. J. V. Wauer, Kaufm.; |
| Gernsbach Dr. Conr. Greuden; | Rohrheim Dr. F. Schölnast; | Waldstut Dr. Carl Ruder; |
| Hämers Dr. Marz. Jehlin; | Rohrheim Dr. F. Schölnast; | Waldstut Dr. Carl Ruder; |
| Hambühren Dr. Gem. Rath Grub; | Rohrheim Dr. F. Schölnast; | Waldstut Dr. Carl Ruder; |
| Hartheim Dr. Eugen Kiefer; | Rohrheim Dr. F. Schölnast; | Waldstut Dr. Carl Ruder; |
| Hausach Dr. G. Loh; | Rohrheim Dr. F. Schölnast; | Waldstut Dr. Carl Ruder; |
| Heidelberg Dr. Carl Epinger; | Rohrheim Dr. F. Schölnast; | Waldstut Dr. Carl Ruder; |
| Hildmannsfeld Dr. Ph. Burtart; | Rohrheim Dr. F. Schölnast; | Waldstut Dr. Carl Ruder; |
| Hohenbachheim Dr. Gg. Erdmann II.; | Rohrheim Dr. F. Schölnast; | Waldstut Dr. Carl Ruder; |

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

Boranzzeige. Stadtgarten-Theater. Ensemble-Gastspiel

des Schliersee'r Bauern-Theaters unter Leitung des Direktors Ludwig Anwander.

Dienstag den 13. Februar:
Der Herrgottsdiener von Ammergau.

Volkstümlich mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Dr. L. Ganghofer und G. Neuert.

Mittwoch den 14. Februar:
's Liserl von Schliersee.

Volkstümlich mit Gesang u. Tanz in 4 Akten, nach einer Erzählung des Dr. Herm. v. Schmid für die Bühne eingerichtet von Hans Neuert.

Donnerstag den 15. Februar:
Der Ausgestoßene.

Volkstümlich mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Benno Rauchenegger.

Freitag den 16. Februar:
Jägerblut.

Volkstümlich mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Benno Rauchenegger.

Billets sind vom 10. Februar ab im Vorverkauf zu haben bei Herrn Adolf Ulrici, Kaiserstraße 201.

Das Theater ist gut geheizt. 320 2

Süddeutsche Versicherungsbank für Militärdienst- & Töchter-Aussteuer in Karlsruhe.

Militärdienst-, Aussteuer- und Alters-Versicherungen vermitteln die Vertreter und nähere Auskunft ertheilt

Die Direktion.

Nie wiederkehrende Gelegenheit! Die Der große, anerkannt billige

Berliner Schirm-Ausverkauf

ist wieder mit einem Riesenvorrath Sonnen- und Regen-Schirme hier eingetroffen und verkauft zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Der Verkauf dauert nur kurze Zeit und ist der Laden per 1. März anderweitig vermietet. — Geschäftsstrasse: Großer Markt, Kleiner Markt.

Max Lichtenstein aus Berlin, Kaiserstrasse 113, Eingang Adlerstrasse. 402 1

Stammholzversicherung.

Das Febl. von Menningen'sche Rentamt verkauft nächsten Dienstag den 13. Februar i. J. in Menningen in den Distrikten Sennich, Elsbach, Bauwald und Schloßgarten:

1. 26 Stück Eichen, II. u. III. Kl.

2. 1 Alajannam.

3. 17 Birkenstämme.

4. 20 Stück eichene und laubene Wagnern.

Zusammenkunft: Vormittags 10 Uhr im Sennich.

Influenza

zu verhüten, genieße man Blut-Apfelsinen, 85-50 Ctd. je nach Größe der Frucht M. 2; Mandarinen 50 Ctd. M. 3.40; Citronen 85-50 Ctd. M. 2.70, frohgeschützt verpackt portofrei durch die Administration des „Exporteur“ in Triest.

394 1. Ein gutes

Pianino

mit schönem Ton wird Verhältnisse halber billig verkauft. Zu erfragen in der Expedition d. Bl.

Anzeige!

Unterzeichneter sucht Abnehmer für Wagenladungen

Speziespreu, Brauergerste und Hafer

und sieht diesbezüglichen Anfragen entgegen. 400

Menningen, Amt Reßlich, Baden. Julius Eitelberger.

Bürgerliche Rechtspflege.

Vermögensabfindung. 363. Nr. 1065. Konstanz. Die Ehefrau des Landwirts Kasimir Haag, Maria Ida, geb. Schmidt von Weierdingen, wurde durch Urteil des O. Landgerichts Konstanz — Zivilkammer I — vom Heutigen für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von demjenigen ihres Ehemannes abzusetzen.

Konstanz, den 30. Januar 1894. Der Gerichtsschreiber Dr. Landgerichts: Rothweiler.

Groß. Bad. Staats-Eisenbahnen.

Wir haben etwa 1500 Tonnen gußeiserne Stühle für Stuhlisenbahnen oberbau zu vergeben.

Die Bedingungen werden auf portofreie Anfrage durch uns abgegeben. Die Angebote sind verschlossen, mit der Aufschrift „Gußeisen“ versehen bis spätestens

Samstag den 24. Februar 1894. Vormittags 10 Uhr, bei uns einzureichen.

Die Zuschlagsfrist beträgt 3 Wochen. Karlsruhe, den 1. Februar 1894. Groß. Bauverwaltung der Eisenbahnmagazine.

(Mit einer Beilage.)